

# Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 9

Hamburg, den 27. Februar 1920.

5. Jahrg.

## Inhalt:

|                                                                         |           |                                     |           |
|-------------------------------------------------------------------------|-----------|-------------------------------------|-----------|
| Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles. . . . .             | Seite 133 | England . . . . .                   | Seite 142 |
| Die Preisentwicklung der deutschen Kohle. . . . .                       | 136       | Südafrika . . . . .                 | „ 145     |
| Länder-Berichte:                                                        |           | Weltwirtschaftliche Übersichten:    |           |
| Deutschland . . . . .                                                   | 138       | Geld und Kapital . . . . .          | „ 148     |
| Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie . . . . . | 140       | Schiffahrt und Schiffbau . . . . .  | „ 149     |
|                                                                         |           | Rohstoffe und Warenmärkte . . . . . | „ 151     |

## Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles

### V. Abschließende Betrachtungen

Nachdem in den vorangegangenen Aufsätzen versucht wurde, die Wirtschaftspolitik des Vertrages von Versailles in ihren Grundzügen darzulegen und ihre Unvereinbarkeit mit den Wilsonpunkten zu zeigen, bleibt jetzt noch zu fragen, ob diese Bestimmungen sich wenigstens „realpolitisch“ rechtfertigen lassen. Das heißt: ob sie in richtigem Verhältnis zu den Absichten stehen, welchen andere Teile des Friedensvertrages Ausdruck verleihen, und zu den Kräften, über die Deutschland als Wirtschaftskörper noch gebietet. Für die Beantwortung dieser Fragen können wir uns fast ausschließlich auf englische Quellen stützen.

Mit ihrem großartigen Sinn für Tatsachen hat die englische Regierung nicht nur, wie der alte Büsch es formuliert hat, „gewissermaßen die Handhabung des Aushungerungssystems auf sich genommen“, sondern sie hat auch nach Beendigung des Krieges die Wirkung durch wissenschaftliche Sachverständige ermitteln lassen. Wir entnehmen dem uns vorliegenden „Bericht über die Ernährungsverhältnisse in Deutschland“<sup>1)</sup> von Dr. Ernest H. Starling die folgenden, zusammenfassenden Sätze.

„Es ist demnach sicher, daß das durchschnittliche Individuum, wenn es in seiner Familie lebte, weniger als zwei Drittel der Menge (an Kalorien) erhielt, die von allen Autoritäten als angemessen für die Erhaltung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit erachtet wird. . . . Eine der Menge nach so eingeschränkte und in der Qualität so unzulängliche Ernährung bedeutet langsames Verhungern.“

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen reichen die Rationen, zusammen mit den sonst erhältlichen Lebensmitteln aus, um die Bevölkerung in ihrem verminderten Gewicht zu erhalten, vorausgesetzt, daß ihr Körperzustand keiner übermäßigen Anstrengung, sei es durch Arbeit oder durch Infektion, unterworfen wird. Aber ihre Widerstandskräfte sind auf ein

niedriges Maß herabgesunken, und wir müssen erwarten, daß sie eine leichte Beute jeder auftretenden Infektionskrankheit werden, vor allem der allgegenwärtigen Keime von Tuberkulose und Lungenschwindsucht.“

„Die Zunahme der Sterblichkeitsrate war bei der Zivilbevölkerung wie folgt: 1915 + 9½ %; 1916 + 14 %; 1917 + 32 %; 1918 + 37 % (verglichen mit dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre).“

„Die Geburtenrate in Deutschland ist gesunken von 27,5 auf Tausend in 1913 auf 15,83 in 1916 und 14,29 in 1917, so daß die Zahl der Geburten jetzt ziemlich unter der Zahl der Toten liegt.“

„Die fast völlige Entziehung der Milch vom dritten Lebensjahre an, und die geringen Mengen der für die Familie verfügbaren Butter bewirken, daß tatsächlich in allen Klassen Rhachitis herrscht, und diese Krankheit nicht länger auf die Klasse der Armen und Unwissenden beschränkt ist. Das Ergebnis ist nicht nur, daß die Widerstandskraft gegenüber Ansteckungen erheblich vermindert ist, sondern auch, daß die kommende Generation gekennzeichnet sein wird durch das Vorhandensein zahlreicher Krüppel, wegen der durch diese Krankheit hervorgerufenen Knochenverkrümmungen.“

„Es ist festgestellt, daß die Sterblichkeit unter den Schulkindern vom 6. bis 15. Lebensjahr für 1918 um 55 % gestiegen ist im Vergleich zum Jahre 1913.“

„Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Deutschland als eine Nation gebrochen ist, an Körper wie an Geist. . . . Mehrere Jahre, und große Ausgaben für Kraftfutter und Dünger werden notwendig sein, ehe der Produktivgrad des Landes wieder auf den früheren Stand gebracht werden kann; aber selbst wenn wir diese höchst günstigen Bedingungen annehmen, sowie daß Deutschland von der Welt behandelt wird wie ein krankes Kind, das zur Gesundheit zurückgepäppelt werden muß (as a sick child to be nursed back to health), wird es

<sup>1)</sup> Report on food conditions in Germany. Presented to Parliament by Command of His Majesty. [Cmd. 289], London 1919.

doch eine und vielleicht sogar zwei Generationen beanspruchen, ehe es die frühere Leistungsfähigkeit wieder erlangt haben wird. Ob es alsdann eine Gefahr für Europa bilden wird oder nicht, wird von seiner Regierung abhängen. Seine gelehrige und fleißige Bevölkerung ist auf jeden Fall des Krieges müde und bildet nicht länger irgend eine aktive Gefahr für den Frieden Europas.“

Starling verlangt in seinen Schlußfolgerungen, daß Deutschland alsbald mit Kapital in der Form von Nahrung und Rohstoffen versehen werde, zumal dies für die Alliierten zugleich das beste Mittel wäre; die Kontrolle über Deutschlands Wirtschaft zu erlangen und so den größten Nutzen aus den industriellen und kaufmännischen Fähigkeiten der Deutschen zu ziehen.

Dieser Beschreibung der geistig-körperlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, welche die wichtigste Grundlage für die Einkommens- und Kapitalbildung darstellt, wollen wir eine kurze Übersicht über die Einengung der sachlichen Produktionsmittel angliedern, die wir dem aufrüttelnden Buche von Norman Angell, Der Friedensvertrag und das ökonomische Chaos Europas, entnehmen.<sup>1)</sup> In Teil III, „What the Treaty does“, stellt Angell folgendes fest:

1. Er raubt Deutschland mehr als drei Viertel der Eisen-erze, von denen seine Industrie abhing.
2. Infolge der Übertragung von Kohlenfeldern und der Forderung großer Lieferungen bleibt Deutschland kaum genügend Kohle für den Hausbrand und praktisch nichts für seine Industrien.
3. Er beraubt das Land seiner hauptsächlichlichen Zinkvorkommen.
4. Er beraubt Deutschland wichtiger Kalifundstätten im Elsaß.
5. Er beraubt Deutschland großer, landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, die früher einen Überschuß an Nahrungsmitteln ergaben.
6. Er verlangt die Abgabe von 140 000 Milchkuhen...
7. Er beraubt Deutschland all seiner überseeischen Kolonien, die zukunftsreiche Quellen der Rohstoffbeschaffung waren.
8. Er beraubt Deutschland der gemeinsam mit anderen Nationen gehaltenen Nutzungsrechte in Marokko und anderen Gebieten.
9. Er beraubt Deutschland seiner Niederlassungen in China.
10. Er beraubt Deutschland großer Mengen des rollenden Bestandes seiner Eisenbahnen.
11. Er beraubt Deutschland all seiner großen seegehenden Schiffe und kann es zwingen, während mehrerer Jahre seine Schiffbauerzeugnisse den Alliierten anzuliefern.
12. Er stellt seine hauptsächlichlichen Wasserstraßen und seinen Verkehr unter die Kontrolle der Alliierten.
13. Er versperrt den unmittelbaren Verkehr zwischen Deutschland und Rußland, da das Memelgebiet zu diesem Zwecke von den Alliierten annektiert wurde.
14. Er unterstellt einzelne der bisher wichtigsten deutschen Industrien (z. B. synthetische Farben und Chemikalien, Steinkohlenteer-Derivate) Ansprüchen der Alliierten, die ihnen in großem Umfange eine Kontrolle des deutschen Handels in diesen Dingen ermöglichen werden.
15. Er unterstellt Deutschlands auswärtigen Handel

in ausgedehntem Maße der Kontrolle der Alliierten (folgen nähere Ausführungen unter Heranziehung der Art. 260, 258, 297, 279 usw.).

16. Nachdem er das vorstehende vollbracht hat, bürdet er Deutschland eine Entschädigung auf, welche lediglich bezahlt werden könnte durch eine mit höchstem Wirkungsgrad arbeitende nationale Industrie und einen Außen- und Exporthandel, der sehr viel größer sein müßte als der, den das Land besaß, ehe es die aufgeführten Verluste erlitten hatte (folgen Einzelheiten).
17. Nachdem er vorläufige Zahlungen in angegebener Höhe verlangt hat, verschiebt er die endgültige Feststellung von Deutschlands Schuld bis Mai 1921 (folgen Einzelheiten gemäß Anlage I zu Art. 232).
18. Er unterläßt endlich, irgendwelche positive und bestimmte Vorsorge zu treffen für die unerläßlichen Elemente der deutschen Industrie: Zulassung unter anständigen Bedingungen (on fair terms) zum Lebensmittel-, Rohstoff- und Frachtenmarkt, und Schutz gegen feindliche Zollunterscheidungsmaßnahmen von seiten benachbarter Staaten — Elemente, durch die allein irgendwelche große Zahlungen ermöglicht werden können.

Angell, der schon in früheren Schriften ein starkes Gefühl für die internationale Verflechtung der großen Volkswirtschaften bewiesen hat, betont immer wieder, daß nichts notwendiger sei, als zuerst Deutschland mit Rohstoffen zu versorgen. „Die Entgegnung, daß „our people must come first“ ist belanglos für das hier entwickelte Argument. Wenn die Deutschen nicht wieder zur Arbeit gebracht werden können, so ist es unser Volk, das leiden wird.“ In einem sehr anschaulichen Beispiel sagt er: „Was vorgeht, ist etwa das folgende: Damit eine deutsche Chemikalienfirma Drogen in China verkaufen kann, werden die von der Fabrik beschäftigten Arbeiter mit russischem Weizen ernährt, der mit einer englischen Mähmaschine geerntet wurde, während die für diese beschäftigten Arbeiter ihr Brot in Canada gekauft haben.“

Blicken wir auf diese Darlegungen einen Augenblick zurück. Wem es gefällt, sich in einer Weltbetrachtung zu spiegeln, der sich alle austauschenden Beziehungen unter Menschen nur unter dem Bilde des Pferdehandels darstellen, wird mit der flachen Psychologie des Zeitungslesers schnell behaupten, die „wahren Motive“ der geschilderten englischen Einstellung erkannt zu haben. Es sei eben Deutschlands pflegliche Behandlung nur deshalb beabsichtigt, um so viel wie möglich aus der wieder in Gang gebrachten Maschine herauszuholen. Gewiß ist dies ein Beweggrund von erheblicher Bedeutung. Gleichwohl wäre es falsch, in den jetzt aus England kommenden Stimmen einen Unterton von wahrhaft humaner Besorgnis vor einer Verelendung und Versklavung des deutschen Volkes zu verkennen, in dessen Wesen man doch ein Symbol der Entfaltungsmöglichkeiten des Allgemeinen in den Tagen des Friedens erblickt hat. Hier freilich mag der dürre Zweifler hervorheben, daß auch die Furcht vor einem bolschewistischen Infektionsherd inmitten Europas mitspielt. Dies sei gleichfalls zugegeben. Aber da sich alles menschliche Handeln, und somit auch unser eigenes, aus gemischten Motiven speist, so ist es ehrlicher, die Analyse der gegnerischen Absichten insoweit auf sich beruhen zu lassen, als uns ihr offenkundiger Inhalt wieder die Möglichkeit einer aufbauenden Politik gewährt. In diesem Willen, die Hoffnung nicht lediglich auf die Verfilzung eigensüchtigen Strebens und den mechanischen Zusammenhang der wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu stellen, werden wir bestärkt durch den Eindruck der großen geistigen und

<sup>1)</sup> The peace treaty and the economic chaos of Europe, London 1991.

moralischen Tat, die das Buch von John Maynard Keynes für die Lösung der gegenwärtigen gesamteuropäischen Krisis darstellt.<sup>1)</sup>

Die Bedeutung des Buches liegt nicht in erster Linie darin, daß es, in ähnlichen Gedankengängen wie die, in denen sich Norman Angell bewegt, den wirtschaftlichen Widersinn des Vertrages schildert, sondern daß es zugleich von einer großen geistigen Spannung und einer fast kosmischen Leidenschaft um das Schicksal Europas getragen wird. In plastischer Sprache wird jener Kreis der Vier in Paris geschildert, und namentlich Wilson dem Verständnis so nahe gerückt, als es überhaupt eine eindringliche psychologische Erfassung vermag. Er zeigt, welche Kräfte in Wilson selbst und in seiner europäischen Umgebung dahin wirkten, die im Vorvertrag feierlich angenommenen Punkte immer mehr ihres wesentlichen Gehaltes zu berauben, und wie Lloyd George, nachdem er in letzter Stunde geneigt ist, den deutschen Gegenvorschlägen zum Teil zu entsprechen, es zu seinem Schrecken unmöglich findet, „to de-bamboozle this old Presbyterian“, nachdem er ihm fünf Monate lang vorgeschwindelt hatte, daß alles im Vertrag niedergelegte „just and right“ war.

Auf diese geschichtliche Seite des Buches soll hier aber nicht näher eingegangen werden, zumal es ohnehin binnen kurzer Zeit mehr Leser gefunden haben wird, als sie jemals dem Vertrag von Versailles beschieden sein werden. Der wirtschaftspolitische Inhalt, der in unserem Zusammenhange von Interesse ist, stützt sich vor allem auf eine Grundanschauung, deren lebendige Erfassung allein eine wirkliche Beendigung und Überwindung des Krieges bedeutet: daß Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in jedem geistigen Sinne eine Einheit sei, und daher Sieger und Besiegte auf Gedeih und Verderb miteinander verknüpft wären. England selbst, das mit seinem Schwerpunkt außerhalb Europas liege, habe diese Wahrheit noch kaum begriffen, aber sie werde auch dort langsam Gestalt gewinnen.

Keynes erscheint der Vertrag nicht nur unhaltbar, weil er eine schwere Verletzung des Waffenstillstandes bedeutet, nicht nur, weil der Vernichtungsplan Clemenceaus in unvereinbarem technischen Widerspruch zu dem Ausbeutungsplan Lloyd Georges' steht, sondern weil es für seine Anschauung des Problems wirklich kaum noch Sieger und Besiegte, sondern nur ein dem Abgrund zuwankendes, todwundes Europa gibt. Er unterwirft namentlich die Wiedergutmachungsbestimmungen seiner zugleich auflösenden und aufbauenden Kritik, und sammelt die Ergebnisse seiner Arbeit unter vier Überschriften: Revision des Vertrages — Regelung der interalliierten Verschuldung — Internationale Anleihe und Reform der Geldverfassung — Beziehungen Zentraleuropas zu Rußland.

Aus den im eigentlichen Sinne wirtschaftspolitischen Darlegungen und Zielen des Buches ist das folgende hervorzuheben: Keynes ist Anhänger des Freihandelssystems, und daraus allein ist schon sein Urteil über die Bestimmungen des Vertrages abzuleiten, welche die gesamte Handels- und Verkehrspolitik Deutschlands fremdländischer Kontrolle unterwerfen.

Von diesen im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Bestimmungen sagt Keynes: „Sie sind Nadelstiche, Eingriffe und Schikanen, weniger zu beanstanden wegen ihrer tatsächlichen Folgen, als weil sie entehrend sind für die Alliierten im Lichte ihrer Beteuerungen“. Die allgemeinen und besonderen Bindungen des Zolltarifs, insbesondere die Schwierigkeiten, die Deutschland bereitet wurden, sich gegen Luxuseinfuhr zu schützen, kennzeichnet Keynes als „lächerlich und gefährlich“.

als „Beispiele einer sinnlosen, sich selbst übertreffenden Raubsucht“. Schonungslose Kritik trifft die Eingriffe in das deutsche Verkehrswesen, insbesondere die Verknächtung der deutschen Ströme, die er „einer Rechtfertigung nicht fähig“ nennt, jedoch hinzufügt, daß sie mit einigen einfachen Änderungen in ein vernünftiges Statut umgewandelt werden könnten.

In dem zusammenfassenden Schlußkapitel tritt Keynes für die Errichtung einer Free Trade Union unter der Führung des Völkerbundes ein. Ihre Mitglieder sollen dem System der prohibitorischen Hochschutzzölle endgültig absagen und zum gemäßigten Finanzzoll zurückkehren, mit dem ein leichter Schutz des inländischen Gewerbes, insbesondere auch Abwehr von Luxuseinfuhr und Zusammenhaltung einheimischer Grundstoffe verbunden bleiben kann. Er befürchtet, daß die nationalistisch erregte Atmosphäre Europas sonst einen Rückfall in jene Zeiten hervorrufen könnte, in denen politische Grenzen zugleich die Grenzen wirtschaftlicher Zusammenarbeit waren. „Wirtschaftsgrenzen waren erträglich, so lange als ein ungeheures Gebiet von wenigen großen Reichen umfaßt wurde; aber sie werden nicht mehr erträglich sein, wenn Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland und die Türkei zwischen einigen zwanzig unabhängigen Obrigkeiten verteilt werden.“ Die Bildung einer neuen großen Wirtschaftseinheit ist notwendig, um wenigstens etwas den Verlust an Organisation und Leistungsfähigkeit wieder einzubringen, der aus den zahlreichen, jetzt neugeschaffenen politischen Grenzen zwischen habgierigen, eifersüchtigen, unreifen, wirtschaftlich unselbständigen und nationalistischen Staaten erwachsen müßte. Diese Pläne seien zwar eine Wiederaufnahme des deutschen Traums von Mitteleuropa, aber ohne dessen scheinbare Tendenz zur Ausschließlichkeit, da jeder Staat unter gleichen Bedingungen Mitglied einer solchen, den Weltfrieden gewährleistenden Völkergemeinschaft werden könne. Keynes ist sich bewußt, daß solche Pläne nur eine schwache Aussicht auf Verwirklichung haben, so lange zahlreiche Menschen noch in den Alliierten „Lichtengel“, in den Deutschen und all ihren Verbündeten aber „Kinder des Teufels“ sehen, für die ein Leben am Rande der Armut, umgeben von Feinden, mit Arbeitslosigkeit, Rohstoffmangel, Kindertod und Kinderverkrüppelung das angemessene sei. Und so endet sein Buch in jenem eigentümlichen Schwebzustand zwischen Glauben und Zweifel, in welchem allein das Alltägliche in seiner fragwürdigen Gestalt erfassbar wird, wenn sein Bestand mit dem Suchlicht des Geistigen geprüft wird. Eine Politik, die sich an die Gesinnung der Menschen wendet, muß sich gewiß allen Ernstes die Frage nach ihrer Möglichkeit vorlegen. Keynes wagt nicht, sie bestätigend zu beantworten; aber sein Glaube, daß die stillwirkenden Kräfte der Dauer auf seiner Seite sind, kann nicht widerlegt werden.

Unabhängig aber von der Befassung mit Kräften, welche noch nicht jenen Grad von unmittelbarer Gegebenheit erreicht haben, mit dem allein das tägliche Leben der Staaten und Völker zu rechnen vermag, erhebt sich die Frage: was soll Deutschland, vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus gesehen, in der nächsten Zeit tun?

Es soll, auch von diesem Gesichtspunkt aus, die Revision des Friedensvertrages anstreben. Aber es soll sich hüten, in eine Revisionshysterie zu verfallen, welche die unbeirrte Wiederaufbauarbeit hemmen könnte durch das Wunschbild eines Zustandes, der erst nach langsamer Umschichtung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeigeführt sein wird. Handelsverträge allgemeinsten Inhaltes, deren Abschluß in früheren Zeiten das ganze Spiel überlebter Requisiten der Politik in Bewegung zu setzen pflegte, werden vermutlich für die nächsten Jahre nur geringe Bedeutung haben. Den-

<sup>1)</sup> The economic consequences of the peace. London 1919. — Vergl. die Auszüge im „Wirtschaftsdienst“ Nr. 3 vom 16. 1. 1920, S. 38. Eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung.

drängendere Aufgaben von viel größerer sachlicher Dichte fordern ihre Lösung: zwischenstaatliche Kredithilfen, Verträge über Rohstoff-Austausch zwecks gegenseitiger Ergänzung der Volkswirtschaften, Abmachungen über die internationale Lenkung der Auswanderung, überstaatliche Steuerkartelle, Arbeitsstundenregelung, Lohntarife. Diese Belastung mit Sachgehalt wird dazu beitragen, der Politik dieses Gebietes einen einfacheren, reineren Sinn zu geben, der sich von dem vergangenen etwa wie der Begriff Hoovers von dem Metternichs zu unterscheiden hätte. Nichts würde jedoch störender sein, als wenn der Deutsche glaubte, in die Behandlung der gekennzeichneten Probleme stets als sentimentalische Grundmelodie das Verlangen nach einer Revision des

Vertrages einflechten zu müssen, wodurch er bei den Verhandlungen schon durch die Einförmigkeit seiner Parole zum Mißerfolg vorbestimmt sein würde. Vielmehr werden gerade die wirtschaftlichen Vollzugshandlungen, je sachlicher sie vorgenommen werden, umso eher die Gegner selbst zu der Überzeugung von der ökonomisch-technischen Unhaltbarkeit des Vertrages bringen. Aus dem Zusammenwirken der Tatsachen und des Rechtsgedankens, dessen Erneuerung allen den Völkern als Aufgabe gestellt ist, die durch den Waffenstillstandsvertrag verknüpft, durch die Unterschrift von Versailles aber getrennt wurden, muß jener Gesamtwille emporwachsen, der den Vertrag vom 28. Juni 1919 als toten Buchstaben verwirft.

*Edward Rosenbaum*

## Die Preisentwicklung der deutschen Kohle

Alle die Sorgen, die heute auf unserm wirtschaftlichen Leben lasten, finden sich in der Kohlenfrage wie in einem Brennpunkte zusammen. Die Förderung von Kohle bildet die Grundlage der deutschen Produktion und damit der deutschen Ausfuhr, ohne die wir der lebensnotwendigen Lieferungen des Auslandes an uns ganz entraten müßten. Die Zusammenhänge mit dem Stand unserer Valuta, mit der Lebensmittelnot leuchten ohne weiteres ein. Soziale Probleme, insbesondere das des internationalen Arbeitsrechts, in Verbindung damit die Neuregelung von Arbeitslohn und Arbeitszeit schaffen sich am zwingendsten und vernehmlichsten Geltung in der Industrie, die allen andern das nährnde schwarze Brot gibt. Die Kohlenverpflichtungen Deutschlands an die Feinde gehören zu denjenigen Forderungen des Friedensvertrages, die am schnellsten und drückendsten in Erscheinung treten und daher vor allen andern eine Abänderung als unabweislich erscheinen lassen.

Aus all diesen Gründen ist die Entwicklung der Kohlenpreise von solch einschneidender Bedeutung. Sie zwingt die Preise auf allen andern Gebieten unerbittlich in ihre Gefolgschaft.

Wir haben das Steigen der deutschen Kohlenpreise zuletzt in Nr. 9 des „W. D.“ vom 1. 3. 18 zusammenfassend und eingehend dargestellt („Die deutschen Kohlenpreise im Kriege“)<sup>1)</sup>. Damals mußte die Berichterstattung noch auf die Kriegführung Rücksicht nehmen. Die genauen Preise in allen Einzelheiten mußten der breiten Öffentlichkeit vor-enthalten werden, um dem feindlichen Ausland keine Waffen gegen uns in die Hand zu geben. Seit dem 1. 3. 18 erschienen die Listen der Richtpreise des Kohlensyndikats in veränderter Form, die die Preisunterschiede zwischen den vielen einzelnen Sorten nicht mehr klar erkennen ließ. Derartige Hindernisse bestehen heute nicht mehr, und so kann sich unsere Darstellung auf breiterer Grundlage als bisher aufbauen. Sie geht statt wie seinerzeit von den „Richtpreisen“, die im Abrechnungsverkehr von Syndikaten und Zechen Anwendung fanden, von den eigentlichen Großhandelspreisen aus, weil diese ein weit besseres Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben.

<sup>1)</sup> Auch seit dem 1. 3. 18 haben wir im „W. D.“ fortlaufend über die weitere Entwicklung der Kohlenpreise berichtet, und zwar in monatlich erscheinenden allgemeinen Industriechroniken. Das Bedürfnis nach einer Übersicht über diese periodisch aneinander gereihten Einzelnachrichten hat sich indessen herausgestellt; auch bedarf die letzte für den Monat November erschienene Chronik der Ergänzung. Mit unserm Aufsatz soll ein Versuch begonnen werden, jene monatlichen Zusammenstellungen ganz fallen zu lassen und statt dessen in vertiefter und umfassender Weise die wichtigen industriellen Vorgänge noch mehr als bisher in selbständigen Arbeiten zu behandeln, die zusammen, als Ganzes betrachtet eine geschlossene Anschauung der industriellen Gesamtentwicklung in Deutschland vermitteln. Nur falls sich die Nowendigkeit herausstellen sollte, gleichwohl die Monatsübersichten in verkürzter Form beizubehalten, ist vorgesehen, sie später wieder aufzunehmen.

Seitdem das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. 3. 19 bzw. die Ausführungsbestimmungen dazu vom 21. 8. 19 durchgeführt worden sind, erfolgt die Festsetzung der Kohlenpreise unter stärkerer Kontrolle der Regierung durch die infolge der „Sozialisierung“ neugebildeten Stellen.

Nach § 61 der Ausführungsbestimmungen setzt der Reichskohlenverband die Brennstoffverkaufspreise fest „unter Berücksichtigung der Vorschläge der Syndikate und der Interessen der Verbraucher“ und gibt nach § 62 auch die Richtlinien für Preisnachlasse. Der Reichskohlenverband besteht aus den Kohlensyndikaten, dem Gaskohlensyndikat und denjenigen deutschen Ländern, die als Besitzer von Kohlenbergwerken mehreren Kohlensyndikaten angehören. Er hat bei (nach § 67 der Ausführungsvorschriften) das Wohl aller Syndikate gleichmäßig zu fördern und soll allenfalls durch besondere Maßnahmen bei Festsetzung der Preise und der Lieferungsbedingungen auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit von Industrie und Handel Rücksicht nehmen. Die einzelnen Kohlensyndikate machen gemäß § 74 dem Reichskohlenverbande Vorschläge für die Brennstoffverkaufspreise und für die Richtlinien der Preisnachlasse.

Die Preisbestimmungen des Reichskohlenverbandes sind nun nicht endgültig. Vielmehr kann Entscheidung des Reichskohlenrats gegen die Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Reichskohlenverbandes durch gewisse bei der Beschlussfassung sich bildende Minderheiten (mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen, oder mindestens vier Syndikate, oder mindestens zwei Braunkohlensyndikate, oder endlich die Minderheit der Kohlensyndikate von Ober- und Niederschlesien) angetragen werden (§ 81). Den Syndikaten und ihren Mitgliedern steht nach § 80 Beschwerde an den Reichskohlenrat im Falle von Preisnachlässen (§ 62) zu. Der Reichskohlenrat ist bekanntlich aus Vertretern sämtlicher irgendwie am Kohlenbergbau interessierten Kreise zusammengesetzt, nämlich der Länder, der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter wie der verschiedenen Verbraucher und der Sachverständigen.

Der entscheidende Einfluß auf die Preisfestsetzungen des Reichskohlenverbandes liegt jedoch, trotz jener Vorschriften, nicht beim Reichskohlenrate, sondern beim Reichswirtschaftsminister. Das Reich führt die Oberaufsicht über die Brennstoffwirtschaft, auch über die Preisgestaltung, und seine Befugnisse werden vom Reichswirtschaftsminister ausgeübt.

Er ist befugt, durch Bevollmächtigte an allen Beratungen des Reichskohlenverbandes teilzunehmen und zunächst ganz